

(B)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 12 auf:

(D)

Beratung des Antrags der Abgeordneten Claudia Nolte, Dr. Friedbert Pflüger, Peter Hintze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

**Für eine klare europäische Perspektive der Ukraine**

– Drucksache 15/5021 –

Überweisungsvorschlag:  
Auswärtiger Ausschuss (f)  
Innenausschuss  
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit  
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe  
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung  
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Damit eröffne ich die Aussprache und erteile als erster Rednerin der Kollegin Claudia Nolte von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

**Claudia Nolte** (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Inzwischen ist es ein halbes Jahr her, als uns die Bilder aus Kiew erreichten, wo die Menschen mit viel Mut und Ausdauer in der orangen Revolution für demokratische

Claudia Nolte

- (A) Grundrechte demonstriert haben und den Respekt vor dem freien Willen der Wähler eingefordert haben. Die Menschen waren erfolgreich mit ihrem Protest. Seitdem bemühen sich der Präsident Juschtschenko und die Regierung Timoschenko um eine Neuausrichtung der Politik. Die Richtung ist eindeutig: Sie weist nach Europa. Nicht nur die politische Elite in der Ukraine richtet ihre Erwartungen auf uns, sondern gerade auch die Menschen in der Ukraine erhoffen sich Unterstützung und vor allen Dingen eine Verbesserung ihrer konkreten Lebenssituation durch die Europäische Union.

Viele von uns mögen jetzt denken: zur Unzeit. Erst in den vergangenen Tagen haben die Franzosen und die Niederländer in Referenden zum EU-Verfassungsvertrag mit einem klaren Nein gestimmt. Nun mögen viele Gründe dafür die Ursache gewesen sein, aber ganz sicher auch der, dass man meint, die letzte Erweiterungsrunde war ein so großer Schritt, dass es jetzt erst einmal angebracht wäre, innezuhalten und sich über die Frage klar zu werden, welches Europa mit welchen Grenzen wir haben wollen.

Das heißt, die EU ist aufgefordert, sich jetzt erst einmal zu konsolidieren. Aber die Ukraine ist unbestritten ein europäisches Land. Gerade in dem **EU-Verfassungsvertrag**, den wir Deutsche so verteidigt haben, ist ausdrücklich für jedes europäische Land der Weg in die EU prinzipiell eröffnet. Wir haben bei den ehemaligen Beitrittskandidaten und heutigen neuen Mitgliedsländern die Erfahrung gemacht, welche große Motivation gerade diese Perspektive für die Durchsetzung von Reformen, die erst einmal schmerzhaft für die Menschen und in dieser Zeit nicht gerade populär sind, schafft. Ich denke, auch für die Ukraine wird der Weg Richtung Europa schwer. Die Voraussetzungen dafür sind längst noch nicht vorhanden. Deshalb braucht die Ukraine ein Signal.

(B)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil die Sache so ist, wie sie ist – die EU ist noch nicht so weit, die Ukraine ebenfalls noch nicht –, haben wir in unserem Antrag ausdrücklich nicht von Beitrittsperspektive gesprochen. Jetzt ist nicht die Zeit, über einen Beitritt zu reden, sondern jetzt ist die Zeit, die Voraussetzungen für einen möglichen Beitritt zu schaffen. Nach meiner festen Überzeugung meint **europäische Perspektive** deutlich mehr als nur den Beitritt. Uns geht es ja nicht nur darum, dass die Ukraine in Europa liegt, sondern sie muss auch in ihrer inneren Verfasstheit ein europäisches Land sein, das heißt ein Land, das unsere Werte und Prinzipien teilt. Dazu gehören Demokratie, Achtung der Menschenrechte, Medienfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und eine funktionstüchtige Marktwirtschaft. Die Schaffung dieser Voraussetzungen trägt zur Annäherung an die EU bei. Was aber noch wichtiger ist: Sie dient auch zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen.

Aber es wird nicht einfach sein, dies alles in kurzer Zeit zu schaffen, schon gar nicht, wenn wir die nötige Unterstützung jetzt verweigern. Die Ukraine braucht vor allen Dingen unsere Hilfe, besonders vor dem Hintergrund, dass schon bald Parlamentswahlen stattfinden und man befürchten muss, dass manch schwieriges Re-

formvorhaben jetzt erst einmal brachliegen wird, bis die Wahl vorbei ist. Natürlich ist in erster Linie die Ukraine selbst gefordert, die wichtigen Schritte zu unternehmen. Aber wir bringen viel Expertise aus Transformationsprozessen mit. Deswegen können wir eigentlich vieles leisten. Unser Eindruck ist, dass die derzeitige Zusammenarbeit von deutscher Seite, aber auch vonseiten der EU wie bisher läuft, nämlich sehr formalisiert und ohne Enthusiasmus. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, reicht nach unserer Auffassung nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich denke, das Mindeste ist, dass die EU das umsetzt, was sie selber zugesagt hat. Dabei denke ich vor allen Dingen an die Anerkennung des Marktwirtschaftsstatus. Man mag da viele Bedenken ins Felde führen; aber ich finde, man darf nicht vergessen, wie man bei anderen Ländern verfahren ist. Wir wissen, dass in vergleichbaren Fällen eine politische Entscheidung getroffen worden ist. Deshalb hat auch die Ukraine darauf einen Anspruch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Uns ist aber vor allem wichtig, unsere Hilfen sehr konkret zu gestalten. Darauf haben wir uns in unserem Antrag konzentriert. Damit meine ich den **Aufbau von effizienten Strukturen** in der Verwaltung – das ist in diesen Transformationsländern wichtig – und in der Justiz. Das schaffen wir am besten, wenn Fachkräfte beispielsweise direkt vor Ort arbeiten können, wenn wir vor Ort Präsenz zeigen können. Wir können in diesen Ländern vor allen Dingen Beratungstätigkeit leisten. Umso bedauerlicher finde ich, dass ausgerechnet jetzt die Finanzierung der bisherigen Wirtschaftsberatung, die wir vorgenommen haben, so heruntergefahren wird, dass das Ende schon in Sicht ist. Mit Präsident Juschtschenko haben wir jemanden, der marktwirtschaftlich orientiert ist und konzeptionell Wirtschaftsreformen durchführen will. Er wäre auf unsere Erfahrungen, auf unsere Expertise angewiesen. Deshalb halte ich die Einschränkung der Finanzierung für einen Fehler; hier sollten wir gegensteuern.

(D)

Neben der Verwaltung und der Wirtschaft gibt es viele weitere Felder für eine mögliche Zusammenarbeit, Felder, von denen im Übrigen auch wir selber profitieren. Solidarität und Hilfe müssen ja keine Einbahnstraße sein. Ich denke zum Beispiel an den Umweltbereich, die Umsetzung des Kioto-Protokolls. Der große Modernisierungsbedarf in der Ukraine – angesichts dessen, dass ein Großteil der Energie vergeudet wird und viel geleistet werden kann, um die CO<sub>2</sub>-Emission zu vermindern – bietet uns gute Felder der Kooperation und der Zusammenarbeit.

Ähnliches gilt sicherlich auch für die Zusammenarbeit im Bereich der Streitkräfte. Auch dort gibt es einen großen Modernisierungsbedarf. Wir haben Erfahrungen mit der Verkleinerung unserer Streitkräfte sowie mit der Frage der Grenzsicherung gewonnen. Auf diesen Feldern können wir der Ukraine die von ihr benötigte Unterstützung in ganz praktischer Weise geben. Nicht

Claudia Nolte

- (A) zuletzt könnte die Kooperation im Wissenschafts- und Forschungsbereich beiderseitigem Nutzen dienen.

Ich wollte damit nur deutlich machen, dass es vielfältige Möglichkeiten der Unterstützung gibt, die sich auch auf viele Schultern verteilen lassen. Es ist nicht nur Regierungshandeln gefordert. Auch die Wirtschaft, kommunale Selbstverwaltungen und politische Stiftungen können daran mitwirken. Dafür ist heute ganz sicher die richtige Zeit.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat die Kollegin Jelena Hoffmann von der SPD-Fraktion.

(Gernot Erler [SPD]: Jetzt kommt die Lenotschka!)

**Jelena Hoffmann** (Chemnitz) (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe zu, es ist nach den Nachrichten aus Paris und Den Haag nicht einfach, über klare europäische Perspektiven zu sprechen. Das Abstimmungsverfahren zur Verfassung muss aber weitergehen. Auch muss uns klar sein, dass wir jetzt noch mehr auf die Menschen und ihre Sorgen achten müssen und die Menschen von Helsinki bis Lissabon, von Dublin bis Athen mitnehmen und von den Vorteilen des vereinten Europa überzeugen müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Trotzdem freue ich mich als Vorsitzende der Deutsch-Ukrainischen Parlamentariergruppe des Bundestages, dass wir heute über die Ukraine sprechen. Ich weiß, dass diese Debatte für uns in Deutschland wichtig ist, um die **strategische Bedeutung** unseres europäischen Nachbarn erneut in das Bewusstsein zu holen. Gleichzeitig, Frau Nolte, weiß ich aber, wie sensibel wir mit dem Thema umgehen sollen, weil alle unsere Aussagen, Bestrebungen und Taten in der Ukraine sehr genau und aufmerksam aufgenommen werden.

Ich freue mich sehr, dass in der letzten Zeit in unserer Gesellschaft viel Gutes für das deutsch-ukrainische Verhältnis geschehen ist: Gerade am Montag hat zum zweiten Mal der Tag der Ukraine im Deutschen Bundestag stattgefunden, worauf ich selbst sehr stolz bin, da diese Veranstaltung unter der Regie der Deutsch-Ukrainischen Parlamentariergruppe geplant und durchgeführt worden ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU/CSU)

Abgeordnete aus dem Bundestag und dem ukrainischen Parlament sowie Wissenschaftler der beiden Länder haben in Anwesenheit von 300 Gästen über Wirtschaftsre-

formen, Verfassungsreform und die europäische Perspektive der Ukraine diskutiert. Die ukrainische Delegation wurde vom Minister für europäische Integration, Oleg Rybatschuk, der gleichzeitig Vize-Premierminister ist, geleitet. In Politik und Medien der Ukraine hat die Veranstaltung eine sehr positive Resonanz gefunden.

Nun zum **Antrag der Union**, der einen sehr anspruchsvollen Namen hat. Erlauben Sie mir aber, Kollegin Nolte, Ihnen die Frage zu stellen, ob Sie selbst und Ihre Fraktion überhaupt eine klare europäische Perspektive haben. Bis jetzt habe ich eher den Eindruck gewonnen, dass bei Ihnen die Linke nicht weiß, was die Rechte macht. Dabei spreche ich nicht einmal von der Türkei. Ministerpräsident Peter Müller, CDU, hat Nachverhandlungen mit Rumänien und Bulgarien verlangt, die Anfang 2007 der EU beitreten sollen. Ihr Fraktionskollege und europapolitischer Sprecher Peter Hintze stellt dagegen den EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens grundsätzlich infrage.

(Gernot Erler [SPD]: Hört! Hört!)

Auch über die europäische Perspektive der Ukraine wird in Ihrer Fraktion immer noch gestritten. In dem Antrag, den Sie am 8. März geschrieben haben, erwähnen Sie ein EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine. Am selben Tag bezeichnete Ihr Fraktionskollege Matthias Wissmann, der Vorsitzende des EU-Ausschusses, eine „privilegierte Partnerschaft“ als einziges Angebot in Richtung Ukraine. – So viel zur Klarheit Ihres Angebotes an die Ukraine, das, wie ich schon sagte, sehr genau in der Ukraine beobachtet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Noch etwas irritiert mich an Ihrem Antrag: Viele Ihrer Vorschläge gehen in die richtige Richtung. Doch Sie tun so, als ob Sie die Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern erst gestern erfunden hätten, und fordern die Bundesregierung auf, das zu tun, was sie längst macht.

(Claudia Nolte [CDU/CSU]: Eben nicht! Das ist ja das Problem!)

– Dann hätten Sie sich besser erkundigen müssen. – Damit tragen Sie Eulen nach Athen.

Entweder haben Sie sich nicht richtig informiert – Sie hätten auch schriftliche oder mündliche Anfragen stellen können – oder Sie haben diesen Antrag nur aus parteipolitischen Interesse, aus rein innenpolitischen Gründen gestellt.

(Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Natürlich!)

Außerdem hätte sich ein Blick in unseren Ukraine-Antrag vom Oktober letzten Jahres für Sie gelohnt. Darin sind die wesentlichen Forderungen Ihres Antrages bereits enthalten. Damals haben Sie unseren Antrag nicht mittragen wollen.

Sie haben höchstwahrscheinlich vergessen oder nicht mitbekommen, dass sich die Bundesregierung schon seit längerem für Freiheit, Selbstbestimmung und **demokratische Standards** in der Ukraine einsetzt.

(C)

(D)

Jelena Hoffmann (Chemnitz)

- (A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Auch haben Sie wohl nicht mitbekommen, welche wichtige Rolle die Bundesregierung bei der Erarbeitung des Aktionsplanes der EU für die Ukraine und beim zehnten Punkte umfassenden so genannten Solana-Papier gespielt hat.

Ich muss Ihnen daher wohl noch einmal erklären, welche **konkreten Maßnahmen** unsere Bundesregierung gegenwärtig unternimmt, um die europäische Perspektive der Ukraine zu verbessern: Schon Ende Januar hat das Auswärtige Amt mit allen Ressorts die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Ukraine abgestimmt. Anlässlich des Besuchs von Präsident Juschtschenko in Berlin sind mit der Bundesregierung für das Jahr 2005 25 Millionen Euro für die Zusammenarbeit mit der Ukraine vereinbart worden.

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Ja!)

Zum Schluss möchte ich doch noch einmal auf das Solana-Papier eingehen, das auch Sie in Ihrem Antrag erwähnen. In einem Punkt dieses Strategiepapiers werden echte Verhandlungen über Visaerleichterungen gefordert. Dazu kann ich nur sagen: Der von Ihnen initiierte Visa-Untersuchungsausschuss lässt grüßen.

(Claudia Nolte [CDU/CSU]: Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun, Frau Hoffmann!)

- (B) Einerseits haben Sie von der orangenen Revolution geschwärmt; andererseits diffamieren Sie aus parteipolitischen Gründen das ukrainische Volk für Ihre Zwecke als Illegale, Schwarzarbeiter, Schwerkriminelle und Zwangsprostituierte.

(Claudia Nolte [CDU/CSU]: Das machen Sie! Das ist ja nicht wahr!)

– Frau Nolte, ich sitze sehr häufig in diesem Untersuchungsausschuss. Ich weiß, wovon ich rede.

(Beifall bei der SPD)

CDU/CSU und FDP haben damit außenpolitisches Porzellan zerschlagen und den Dialog zwischen unseren Staaten schwer belastet. Es vergeht keine Unterhaltung mit Ukrainern, ohne dass diese Frage angesprochen wird. Dazu hätten Sie einen Antrag schreiben sollen.

Übrigens, mich haben schon heute Mittag ukrainische Zeitungen angerufen. Sie haben sich dafür bedankt, dass wir die Arbeit des Visa-Untersuchungsausschusses nun beenden.

Was die Ukraine braucht, ist ein klares Signal. Mit Ihrem Antrag verfehlen Sie dieses Ziel.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Der nächste Redner ist der Kollege Harald Leibrecht von der FDP-Fraktion.

(Gernot Erler [SPD]: Der hat eine westukrainische Krawatte an!)

(C)

**Harald Leibrecht (FDP):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das mit der Liebe ist mitunter eine schwierige Sache: Wie findet man den richtigen Partner fürs Leben? Und noch schwieriger: Wie überzeuge ich meine Auserwählte, dass ich der Richtige bin? So wie es sicherlich jedem von uns im Leben ein- oder mehrmals geht, geht es im Moment auch der Ukraine. Die Ukraine hat sich verliebt. Sie hat sich in Europa verliebt. Das Dumme ist nur, dass die Auserwählte, Europa, nicht weiß, ob sie diese Liebe erwidern will. Sie zögert und sie zaudert.

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: So machen das Frauen manchmal!)

Vielleicht ist das Problem, dass die Ukraine derzeit nicht mit ausreichender Attraktivität und Ausstrahlung aufwartet. Wie denn auch, nach all den Jahren des Kommunismus und dann der Jahre unterdrückter Demokratie?

Was der Ukraine derzeit noch an Glanz zum Beispiel im Bereich der Wirtschaft oder beim Aufbau demokratischer Strukturen fehlt, macht sie durch Aufrichtigkeit und Zielstrebigkeit wett. Präsident Juschtschenko hat für sein Land wiederholt und mit Nachdruck – auch hier im Deutschen Bundestag – zum Ausdruck gebracht, dass es eine feste Beziehung mit Europa möchte und dass es dafür auch kämpft. Denn die Ukrainer sind Europäer.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie des Abg. Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(D)

Nun warten die Ukrainer zu Recht auf eine Reaktion der **Europäischen Union**. Wir müssen mit der Ukraine fair umgehen. Wir müssen ihr klar machen, welche Erfolgchancen es gibt. Alles andere wäre falsch und unehrlich. Warum aber zögert die Europäische Union? Hat sie kein Vertrauen in wirkliche Veränderungen in der Ukraine? Ist alle Begeisterung über die orange Revolution schon verflogen? Glaubt die EU nicht an den Erfolg des neuen Kurses?

Mir scheint, dass die EU derzeit etwas müde ist: müde vom täglichen Kampf mit der ureigenen Bürokratie, ausgezehrt von der letzten Erweiterungsrunde, die sicherlich sehr viel Kraft gekostet hat, und jetzt zusätzlich geschockt vom Ausgang der Referenden in Frankreich und in den Niederlanden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, leider geht es bei der EU-Perspektive der Ukraine nicht nur um Emotionen, sondern auch um so nüchterne Fragen wie **Aufnahme- und Beitrittsfähigkeit**. Deshalb kann das Ansinnen der Ukraine jetzt noch keine sofortige und abschließende Antwort erhalten. Das wäre übereilt. Zum einen muss die Ukraine erst noch unter Beweis stellen, dass sie wirklich willens und in der Lage ist, die europäische Neuausrichtung des Landes durch- und umzusetzen. Zum anderen muss die EU erst wieder Kraft

**Harald Leibrecht**

- (A) sammeln und nach innen wachsen, bevor sie an eine Erweiterung denkt.

(Beifall bei der FDP)

Aber es wäre verheerend, deshalb die Türe für die Ukraine voreilig zuzuschlagen:

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

verheerend für die mutigen Reformer und die gleichermaßen reform- und europabegeisterten Menschen in der Ukraine; verheerend aber auch für die EU, die ein großes Interesse daran haben muss, die Reformen in der Ukraine zu unterstützen, das Land einzubinden.

Was die Ukraine jetzt braucht, ist ein klares Ziel auf dem Weg in die Zukunft und Geduld auf dem Weg dorthin. Geben wir ihr beides: eine klare europäische Perspektive und ausreichend Zeit, um die begonnenen Reformen umzusetzen. Dann – davon bin ich von ganzem Herzen überzeugt – wird die Ukraine ein Teil der europäischen Erfolgsgeschichte.

Ich danke Ihnen.

(Beifall im ganzen Hause – Gernot Erler [SPD]: Sie sollten Heiratsvermittler werden! – Heiterkeit)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat jetzt der Kollege Rainer Steenblock von Bündnis 90/Die Grünen.

- (B) **Rainer Steenblock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ukraine ist flächenmäßig der größte rein europäische Staat. Die Ukraine ist ein Land mit reichem kulturellen Erbe, mit einem hohen wirtschaftlichen Potenzial. Es liegt in unserem ureigenen politischen und ökonomischen Interesse und es liegt natürlich auch im gesamt-europäischen politischen und ökonomischen Interesse, eine wirklich starke, politisch eigenständige und demokratische Ukraine als engen Partner und guten Nachbarn an unseren östlichen Grenzen zu haben.

Dieser Partner braucht eine **Perspektive**. Das ist überhaupt keine Frage. Da sind wir uns in diesem Hause, glaube ich, alle einig: Die Ukraine ist ein europäisches Land und braucht auch eine Perspektive in die Europäische Union. Dafür streiten wir alle. Da sollten wir uns nichts gegenseitig unterstellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie des Abg. Harald Leibrecht [FDP])

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, genauso klar ist, dass die Entscheidung, ob diese Perspektive Realität wird, heute nicht zu treffen ist. Das hat nichts damit zu tun, irgendjemand in der Ukraine zu diskriminieren. Vielmehr hat es etwas mit der **Glaubwürdigkeit** von Politik der Europäischen Union zu tun. Denn der Beitritt zur Europäischen Union ist an Kriterien geknüpft. Gerade die Referenden, die wir jetzt erleben und erleiden mussten und auf die wir eine Antwort finden müssen,

machen sehr deutlich, dass wir mit den Kriterien für den Beitritt zur Europäischen Union sehr sorgfältig umgehen müssen, um nicht bei den Menschen, den Bürgerinnen und Bürgern in Europa, ein Glaubwürdigkeitsdefizit aufzubauen. Deshalb schaden falsche Versprechungen, auch wenn sie gut gemeint sind, mehr als sie nützen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Das gilt allerdings auch für die Türkei, Herr Kollege!)

– Das gilt für alle Beitrittsländer, die an diesem Prozess beteiligt sind. Das haben wir immer deutlich gemacht. Die Einhaltung von Kriterien gilt für die **Türkei** in ganz besonderem Maße,

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Natürlich!)

weil die Aufmerksamkeit an dieser Stelle natürlich sehr groß ist.

Für meine Fraktion und, wie ich glaube, auch für die gesamte Koalition sage ich sehr deutlich: Als Politikerinnen und Politiker haben wir, insbesondere im Hinblick auf die aktuellen Ereignisse in der Türkei, die Verantwortung, diesen Prozess sehr kritisch zu beobachten und auch zu reagieren, wenn er sich in die falsche Richtung entwickelt. Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, dass wir diese Position vertreten.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Das ist etwas ernüchternder als vorher, aber gut!)

– Nein, ich glaube, wir haben immer politisch begründet, warum wir diesen Weg gehen und keine Illusionen oder euphorischen Realitätsverleugnungen praktizieren wollen.

(Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Wir werden sehen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man sich an die Debatte zum Thema **Ukraine** erinnert, die wir vor den dortigen Wahlen, im September oder Oktober letzten Jahres, in diesem Hause geführt haben, und sich vor Augen führt, wie sich dieses Land seitdem entwickelt hat und welche Dynamik der Aufbruch nach Europa, den Juschtschenko symbolisiert, freigesetzt hat, dann kann man die Bevölkerung und die Regierung der Ukraine nur beglückwünschen und diesen Prozess mit der Solidarität des Deutschen Bundestages unterstützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir brauchen ein Instrument, um dies politisch handhabbar zu machen; das ist völlig in Ordnung. Das Instrument, das dafür genutzt werden muss, ist die **europäische Nachbarschaftspolitik**. Seit Februar dieses Jahres ist im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik der Aktionsplan für die Ukraine in Kraft. In zwei Wochen findet das Treffen des Kooperationsrates und im Oktober dieses Jahres der Gipfel statt. Diese Schritte

**Rainer Steenblock**

- (A) müssen, wenn wir vorankommen wollen, vernünftig und handwerklich sauber vorbereitet werden.

Die Ukraine, Deutschland, das diesen Prozess massiv unterstützt, und die Europäische Union sind insgesamt auf einem guten Weg. Allerdings muss auch klar sein: Wir dürfen nach der orangen Revolution, die auch ein Medienereignis war, nicht den Fehler machen, die Ukraine jetzt in der Mühsal der Ebenen allein zu lassen. Wenn nicht mehr jeder Besuch in der Ukraine von einem großen Fernsehteam begleitet wird, ist dieses Land darauf angewiesen, dass wir auch in diesem Hause unsere praktische Solidarität in konkreten Projekten weiterhin unter Beweis stellen. Dafür werbe ich.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat jetzt der Kollege Manfred Grund von der CDU/CSU-Fraktion.

**Manfred Grund (CDU/CSU):**

- (B) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Europa befindet sich in keiner besonders guten Verfassung. In Frankreich und Holland ist der Verfassungsvertrag durch Volksentscheide abgelehnt worden. Damit scheint die Vertiefung der **Europäischen Union** vorläufig gescheitert zu sein. Auch wenn es unterschiedliche Ablehnungsgründe gegeben haben mag – in Frankreich waren sie stärker innenpolitisch motiviert, in Holland hatte man möglicherweise die Sorge, dass ein kleines Land in einer großen EU untergehen könnte –, scheint es doch so, als seien die Europäer ihrer selbst unsicher geworden und als wollten sie zu den Zielen Europas – der Entwicklung eines einheitlichen, freiheitlichen, wirtschaftlich dynamischen und sozial verantwortlichen Europas – auf Distanz gehen.

In genau diesen Wochen und Tagen diskutieren wir über einen **Antrag** der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem Titel „Für eine klare europäische Perspektive der Ukraine“. Zu Recht stellt sich die Frage: Ist diese Diskussion zeitgemäß? Auch wir haben einmal kurz innegehalten und uns gefragt: Wollen wir diese Diskussion verschieben? Ich finde, die Tatsache, dass wir heute über dieses Thema diskutieren – auch in dieser Breite der Auffassungen –, ist ein Signal nach innen, also an uns selbst, aber auch ein Signal nach außen.

Das Signal nach innen zeigt uns: Wir wollen an diesem europäischen Weg, an dieser EU und an dieser freiheitlichen, demokratischen, wirtschaftlich erfolgreichen und sozialen Europäischen Union festhalten, und es lohnt sich, daran zu arbeiten und dafür zu kämpfen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt auch keine Alternativen dazu.

(C) Das Signal an die Ukraine bedeutet: Es lohnt sich, den Demokratisierungsprozess, die beginnende Integration in die europäische Gemeinschaft, den Weg zu Menschenrechten und Gewaltenteilung weiterzugehen. Wir müssen den Ukrainern aber auch sagen: Ihr müsst das nicht unseretwegen leisten. Nicht der EU wegen habt ihr das zu leisten – und das ist kein Eintrittsbillet in die europäische Staatengemeinschaft –, sondern ihr macht das in erster Linie für *eure* Menschen.

Die Frage ist: Was können wir – was kann Deutschland –, was kann Europa dabei leisten? Hilfestellungen sind angesprochen worden. Das, was vereinbart worden ist, ist in Teilen bereits umgesetzt: der **EU-Ukraine-Aktionsplan** vom Beginn dieses Jahres. Nach einem Jahr wird gefragt werden: Was hat er gebracht, wie weit sind wir? Er müsste fortgeschrieben werden, immer mit dem Ziel, die Annäherung der Ukraine an die EU zu beschleunigen. Wir selbst, in Deutschland, sind beim Besuch von Präsident Juschtschenko einige Vereinbarungen eingegangen. Am zweiten Tag ist im Parlament davon gesprochen worden, dass sich die Ukraine wünscht, dass wir durchaus mit mehr Herzenswärme dazugehen, dass wir es etwas konkreter untersetzen. Ich glaube, das Parlament kann ein bisschen dazu beitragen, dass diese Punkte untersetzt werden, Arbeitsgruppen eingesetzt werden und auch die Ukraine das Gefühl hat – und nicht nur das Gefühl hat, sondern weiß –, dass sie nicht allein gelassen wird.

(D) Wir müssen den Menschen in der Ukraine allerdings auch sagen: Seid nicht enttäuscht, wenn Europa euch keinen Zeitpunkt für Beitrittsgespräche, für Annäherungsgespräche nennen kann. Wir haben eine gewisse Verunsicherung: Bei manchen in Europa herrscht das Gefühl, dass sich die Europäische Union mit der Erweiterung vor einem Jahr um zehn neue Mitglieder vielleicht überhoben hat, vielleicht etwas verhoben hat. Es besteht die Sorge – das kommt in diesen Referenden zum Ausdruck –, dass die Erweiterung der Europäischen Union um **Bulgarien** und **Rumänien** möglicherweise etwas zu früh kommt, obwohl natürlich die ganzen Fortschrittsberichte abzuwarten bleiben und es erst dann möglicherweise zur Ratifizierung von Beitrittsverträgen kommt. Klar sein muss aber auch: Bulgarien und Rumänien sind europäische Staaten, ebenso wie die Ukraine ein europäischer Staat ist.

Eine weitere Sorge, die durchaus da sein könnte, ist, dass wir mit der Erweiterung der Europäischen Union um die **Türkei** einen Automatismus bekommen, an dessen Ende eine europäisch-asiatische, eine eurasische Freihandelszone stehen könnte und eben nicht die politische Union, diese politische Europäische Union, auf dem Weg, zu der die Ukraine ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir wollen die Ukraine ermutigen, ihren Weg der Demokratisierung im eigenen Lande, ihre Reformen zur Gewaltenteilung, Rechtssicherheit und Unabhängigkeit von Justiz und Gerichten fortzusetzen. Dies ist eine der Voraussetzungen für mehr Investitionen. Wir werden nämlich immer wieder gefragt: Warum gibt es so wenige Investitionen aus Deutschland, warum ist Deutschland in

**Manfred Grund**

- (A) der industriellen Fertigung so wenig präsent? Rechtssicherheit ist eine der wesentlichen Voraussetzungen. Ich glaube, dass wir dann gemeinsam durchaus in der Lage sein werden, der Ukraine diese europäische Tür zu öffnen – wir sollten sie nicht zuhalten –, auch wenn wir heute nicht in der Lage sind, einen konkreten Termin dafür zu benennen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat der Kollege Jörg Vogelsänger von der SPD-Fraktion.

**Jörg Vogelsänger (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Derzeit macht Europa Schlagzeilen, die sich bis auf einige Politiker von Union und PDS nur wenige hier im Bundestag wünschen.

- (B) Engagiert haben wir gemeinsam parteiübergreifend für die **europäische Verfassung** gekämpft. Diese ist mit großer Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat verabschiedet worden. Der deutsche Hauptwiderstand kam von der PDS in Mecklenburg-Vorpommern und von Teilen der Christlich Sozialen Union. Wir haben in Deutschland den Weg freigemacht für eine moderne europäische Verfassung, für ein modernes Europa. Leider ist dies in den Niederlanden und in Frankreich noch nicht gelungen. Trotz dieses Rückschlages ist in Europa gerade seit 1989 Großartiges geschehen; das sollten wir nicht vergessen.

Einen entscheidenden Anteil daran haben die friedlichen Revolutionen. Diese haben Diktaturen beseitigt. Das trifft auf Deutschland genauso wie auf die Ukraine zu. Unser größter Respekt gilt der friedlichen Revolution in Orange unter Führung des jetzigen Präsidenten Viktor Juschtschenko.

Die Ukraine ist auf unsere europäische Landkarte der demokratischen Staaten zurückgekehrt. Sie braucht eine europäische Perspektive. Hier haben die Antragsteller durchaus Recht. Niemand kann heute aber sicher sagen, wie sich diese Perspektive ganz konkret entwickeln wird. Die Europäische Union hat der Ukraine Verhandlungen über einen **Aktionsplan** angeboten, dessen zehn Punkte den Reformprozess politisch und wirtschaftlich stabilisieren helfen sollen.

Der politische Neuanfang in Kiew erfordert jetzt unterschiedene Reformen und vor allem einen langen Atem. So ehrlich muss man sein. Dies liegt auch in unserem eigenen Interesse; denn die Ukraine ist aufgrund ihres erheblichen wirtschaftlichen Potenzials als Partner für Deutschland von großem Interesse. Dadurch können auch in Deutschland Arbeitsplätze gesichert werden. Herr Kollege Grund ist darauf schon eingegangen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(C) Im Übrigen ist die heutige Situation in der Ukraine durchaus ein wenig mit der in Deutschland vergleichbar. Es gilt, in einem Reformprozess für das **Zusammenwachsen der Landesteile** zu sorgen. Das ist eine riesige Herausforderung für die junge Demokratie in der Ukraine. Wichtig ist dabei, dass auch der bisher russisch orientierte Teil des Landes in diesem Prozess mitgenommen und integriert wird. Schon dieser Fakt zeigt, dass die Ukraine einen langen und komplizierten Weg vor sich hat.

Das Gleiche gilt auch für den Erweiterungsprozess der Europäischen Union. Die Integration der zehn neuen Mitgliedstaaten bleibt eine große Herausforderung beim Zusammenwachsen von Europa. Nicht zuletzt von diesem Prozess hängt es ab, ob es irgendwann zu einer Erweiterung der Europäischen Union über **Rumänien** und **Bulgarien** hinaus kommen wird.

Trotz all dieser Schwierigkeiten sollten wir eines nicht vergessen: Unser Europa ist ein Kontinent des Friedens und der Sicherheit geworden.

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr richtig!)

Wir in Deutschland sind nur noch von Freunden umzingelt. Zu unseren Freunden gehört auch die junge Demokratie in der Ukraine. Diese werden wir in ihrem Reformprozess – das kann man mit Sicherheit parteiübergreifend sagen – entschieden unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

(D)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 15/5021 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.